

Protokoll

53. Sitzung

vom Donnerstag, 28. Juni 2018, 09:00-12:00 Uhr

Abwesend: Fankhauser Pia, Kirchmayr Klaus, Stückelberger Balz, Weibel Hanspeter

Kanzlei: Klee Alex

Traktanden

1. Begrüssung, Mitteilungen	2413
2. Zur Traktandenliste	2416
3. Anlobung von Elisabeth Heer Dietrich als Landschreiberin	2416
4. Anlobung von Barbara Gafner als Vorsteherin der Finanzkontrolle	2417
5. Wahl des Landratspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019	2417
6. Wahl der Regierungspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019	2419
7. Wahl des 1. Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019	2419
8. Wahl des 2. Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019	2420
9. Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019	2421
10. Wahl eines Mitgliedes der Umweltschutz- und Energiekommission für den Rest der Legislaturperiode vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Hannes Schweizer	2422
11. Wahl von zwei Vertretern des Landrats in den Beirat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2018-2022	2422
12. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	2423
13. 10 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	2423
14. 12 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	2424
15. 9 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	2424
16. Formuliert Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten (Wohnkosten-Initiative)»	2424
17. Parlamentarische Initiative «Rasche Anpassung des pauschalen Liegenschaftsunterhalts nach dem Bundesgerichtsurteil vom 12.01.2017»	2425
18. Jahresbericht 2017	2426
19. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)	2434
20. Geschäftsbericht für das Jahr 2017 der Kantonalen Finanzkontrolle Basel-Landschaft	2436
21. Steuerungsbericht I im Jahr 2018	2437

- 22. Wie transparent sind die Daten des Monitorings des neuen Alters- und Pflegegesetzes? 2437
- 23. Das RAV muss mehr gestalten als verwalten 2438
- 24. Nicht registrierte Bienenstandorte im Kanton Basel-Landschaft 2439

Nr. 2133

1. Begrüssung, Mitteilungen

2017/639; Protokoll: ak, bw

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) begrüsst die Kolleg(inn)en vom Landrat, die Mitglieder des Regierungsrates, die Mitarbeitenden der Landeskantlei, die Medienschaffenden und die vielen Besucher/innen auf der Zuschauertribüne herzlich zur letzten Sitzung im Amtsjahr 2017/2018. Sie macht folgende Mitteilungen:

– Rückzug eines Vorstosses

Markus Dudler hat mitgeteilt, dass er seine Interpellation 2018/495, «Energiepaket – wie weiter?», zurückgezogen habe.

– IPK Nordwestschweiz

Gestern ist die Voranzeige zur diesjährigen Tagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz versandt worden. Das Thema sind die Gesundheitskosten. Bitte reservieren Sie sich den Morgen des Freitags, 26. Oktobers 2018, bei Interesse an dieser Thematik.

– FC Landrat

Am 15. Juni hat der FC Landrat gegen den FC Roche Direktion gespielt. Unser Team unter alt Landrat Werner Rufi als Captain im Goal hat recht gut mitgehalten, zuletzt aber doch 1:3 verloren. Den Ehrentreffer hat Diego Stoll erzielt. Den nächsten Auftritt hat die Mannschaft am Eidgenössischen Parlamentarier-Fussballturnier in Schaffhausen am 17./18. August.

– Entschuldigungen

Pia Fankhauser, Klaus Kirchmayr, Balz Stückelberger, Hanspeter Weibel

– Verabschiedung von Léonie Schwizer aus dem Parlamentsdienst

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) verabschiedet mit folgenden Worten Léonie Schwizer:

«Wir verabschieden heute Léonie Schwizer, die stv. Leiterin des Parlamentsdienstes. Léonie hat unserem Parlament als Kommissionssekretärin zuerst der BKSK, dann der GPK wertvolle Dienste geleistet und als Leiterin Kommissionendienst dafür gesorgt, dass sämtliche Kommissionen jederzeit kompetent und effizient unterstützt worden sind. Léonie Schwizer übernimmt im Erziehungsdepartement Basel-Stadt eine Aufgabe mit einem etwas kleineren Pensum, die sich mit ihren Familienpflichten als Mutter zweier kleiner Mädchen besser vereinbaren lässt. Wir danken ihr herzlich für ihr Engagement und wünschen ihr und ihrer Familie für den weiteren Weg alles Gute!» [Applaus]

– Verabschiedung von Thomas Bühler aus dem Landrat

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) verabschiedet mit folgenden Worten Thomas Bühler aus dem Landrat:

«Thomas Bühler gehört unserem Parlament seit der Konstituierenden Sitzung vom 2. Juli 2007 an. Damals, an der legendären Regensitzung im Römertheater Augusta Raurica, hat er bei der Anlobung direkt neben mir gestanden und von den 9 Vertreterinnen und Vertretern des Wahlkreises Liestal, die damals angelobt worden sind, sind wir beiden die letzten, die immer noch dabei sind – wenn auch nur noch gerade heute...

Am gleichen Tag ist Thomas Bühler auch in die Umweltschutz- und Energiekommission gewählt worden; dort ist er bis heute Mitglied geblieben. Gleich lange hat er auch als Mitglied der Interparlamentarischen Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz gewirkt. Auch im Fraktions-

Vorstand der SP hat er lange mitgearbeitet.

Thomas Bühler hat in seinen elf Landratsjahren 19 Vorstösse eingereicht – also 1,7 pro Jahr –, und zwar mit den Schwerpunkten Bildungspolitik sowie Umwelt- und Energiepolitik. Themen sind beispielsweise der Lärmschutz an Hauptverkehrsachsen, die Erdbebenvorsorge oder die Forderung nach mehr Generalist(inn)en an den Primarschulen.

Thomas hat nie zu den grossen Vielrednern im Rat gehört. Dem Auftritt auf der grossen Bühne hat er die solide Kommissionsarbeit vorgezogen. In der UEK hat er sich mit Dossiersicherheit und einer konstruktiven Haltung eingebracht. Diskussionen hat er gelassen und überlegt geführt.

Thomas Bühler hat sich entschieden, in einer Staffelung seiner näheren Lebenszukunft die politische Pensionierung der beruflichen voranzustellen; so steht es in seinem Rücktrittsschreiben.

Lieber Thomas, ich danke Dir im Namen des ganzen Landrates recht herzlich für Dein langes und grosses Engagement für unser Parlament und unseren Kanton. Für deine berufliche und private Zukunft wünsche ich Dir von Herzen alles Gute!» [stehender Beifall]

– *Verdankung des Landratspräsidiums*

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) verdankt mit folgenden Worten das Wirken von Elisabeth Augstburger als Landratspräsidentin 2017/2018:

«Es ist mir eine grosse Ehre, darf ich die scheidende Landratspräsidentin würdigen und ihr für ihr Präsidialjahr danken. Elisabeth Augstburger steht vor dem Abschluss eines anstrengenden und ereignisreichen Jahres. Mit grosser Umsicht und Beharrlichkeit hat sie die Landratssitzungen seit Sommer 2017 geleitet. Bereits in der ersten Landratssitzung war ein präsidialer Stichentscheid erforderlich. Am 31. August 2017 entschied die Landratspräsidentin, dass der Gegenvorschlag zur Nichtformulierten Gemeindeinitiative über den Ausgleich der Sozialhilfekosten an die Kommission zurückgewiesen wurde. Nach unserer Zählung oblag es Elisabeth Augstburger, noch sechs weitere Stichentscheide zu fällen, nämlich bei den Behandlungen der Geschäfte Alters- und Betreuungsgesetz; Eintritt in den Trinationalen Atomschutzverband, Änderung des Raumplanungs- und Baugesetz, Konzept für Integrative Mobilität, Bündelung der Integrationsgelder und Möglichkeit der Schaffung einer PUK auf Gemeindeebene. Wie oft die Landratspräsidentin mit ihren Stichentscheiden dem Regierungsantrag folgte, weiss ich nicht und lasse es an dieser Stelle offen [Heiterkeit]. Elisabeth Augstburger hat dafür gesorgt, dass die Anliegen weiterverfolgt werden, was auch ihrem Grundcharakter entspricht, auf die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen einzugehen und wo immer möglich zu helfen.

Liebe Elisabeth, Du gehst sicherlich in die Annalen des Kantons als erste Landratspräsidentin ein, die sämtliche Auftritte und Besuche auf Facebook dokumentiert hat. Wo immer Du warst, Du hast Dir immer kurz Zeit für ein Selfie oder ein Foto genommen und dadurch unter Beweis gestellt, dass Du auf dem aktuellsten Stand bezüglich Social Media bist. Dadurch konntest Du die Öffentlichkeit an Deinen Besuchen und den verschiedenen Anlässen teilhaben lassen, ihr den Kanton von einer anderen Seite zeigen und hoffentlich bei dem einen oder anderen neues Interesse am Politikbetrieb wecken.

Ich durfte mit Dir zusammen an vielen Anlässen teilnehmen und konnte mit Freude feststellen, dass Du den Kanton immer würdig vertreten und diese Aufgabe gerne und authentisch ausgeübt hast. Du warst stets gut vorbereitet und immer über Besonderheiten informiert. Deine Ansprachen waren jeweils repräsentativ, gewürzt mit einer Prise feinen Humors und wurden charmant vorgelesen. Bei all den vielen Anlässen fandest Du immer Zeit, mit den anwesenden Gästen anzustossen. Vor 10 Tagen war das Anstossen sogar hochoffizieller Natur, nämlich bei der Kür des Staatsweines, mit Dir als Jurymitglied. Du hast Dich dabei als profunde Kennerin des Baselbieter Weines entpuppt und mitgeholfen, dass unseren Gästen weiterhin ausgezeichnete Staatsweine kredenzt werden kann.

Liebe Elisabeth, Du scheidest heute auch aus dem Landrat und im Namen der Regierung danke ich Dir herzlich für Deinen tollen Einsatz während der vielen Jahre. » [stehender Beifall]

– Verabschiedung von Elisabeth Augstburger aus dem Landrat

Der 1. Vizepräsident **Hannes Schweizer** (SP) verabschiedet mit folgenden Worten Elisabeth Augstburger aus dem Landrat:

«Elisabeth Augstburger ist bei den Wahlen 2003 als Liestaler EVP-Vertreterin gewählt und am 1. Juli 2003 angelobt worden. Sie ist auch gleich in die UEK gekommen und hat dieser 12 Jahre lang angehört. Die letzten zwei Jahre ist sie dann Mitglied der Petitionskommission gewesen. Sie hat den Landrat auch besonders gern in grenzüberschreitenden Gremien vertreten: Sie ist Baselbieter Ersatzmitglied im Oberrheinrat und ist im Vorstand des Districtsrats des Trinationalen Eurodistrikts Basel gesessen und hat dort die Gesundheitskommission präsiert. Elf Jahre lang hat Elisabeth auch das Amt als Fraktions-Vizepräsidentin der CVP/EVP-Fraktion versehen, und von 2009-2011 ist sie Mitglied des Landratsbüros gewesen. Als sie per 1. Juli 2015 zur 2. Vizepräsidentin gewählt worden ist, ist klar gewesen, dass sie ihre Politikarriere mit dem Landratspräsidium 2017/2018 krönen würde – als erste EVP-lerin seit 79 Jahren.

Sie hat in ihren 15 Jahren im Landrat 43 Vorstösse eingereicht, das sind nicht ganz 3 pro Jahr. Viele Vorstösse haben sich um die Lebensbedingungen von Asylbewerberinnen und –bewerbern gedreht, aber es ist auch um Jugendalkoholismus, Biodiversität, CO₂-Reduktion oder sicheres Velofahren gegangen.

Elisabeth hat ihr Parlamentsmandat immer mit Herzblut und echtem Interesse an der Sache und an den Menschen ausgeübt und geholfen, so manchen tragfähigen Kompromiss zu schmieden. Nun macht sie einer Nachfolgerin Platz. Mit ihrer beruflichen Tätigkeit und ihren vielen Ämtern als Vorstands- oder Stiftungsratsmitglied – das geht von Kirche über Naturschutz bis zum Roten Kreuz – wird es ihr auch in Zukunft nicht langweilig. Liebe Elisabeth, ich danke Dir im Namen des ganzen Landrates für Dein grosses Engagement für unseren Kanton und unser Parlament und wünsche Dir für den weiteren Lebensweg von Herzen alles Gute!» [stehender Beifall]

– Abschlussrede der Landratspräsidentin

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) hält folgende Abschlussrede:

«Geschätzte Landrätinnen und Landräte

geschätzte Regierungsrätinnen und Regierungsräte

geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskanzlei

Mein Präsidialjahr ist einzigartig und bleibt unvergesslich. Ich erlebte vieles und lernte vieles neu hinzu. Meine Zeit als Landratspräsidentin habe ich sehr geschätzt. 20 Landratssitzungen und zahlreiche weitere Sitzungen durfte ich leiten. Während bald 365 Tagen war ich für das Baselbiet unterwegs. Ich durfte unseren Kanton bei unterschiedlichsten Institutionen aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Sport, Politik und anderem vertreten. Morgen werde ich auf 200 Anlässe mit vielen bereichernden Begegnungen zurückblicken dürfen.

Ihnen allen danke ich herzlich für Ihr Vertrauen. Ein spezieller persönlicher Dank geht an folgende Personen: An den ehemaligen Landschreiber Peter Vetter, der mich bis Februar 2018 fast drei Jahre lang sehr kompetent unterstützt hat. An den 2. Landschreiber Nic Kaufmann dafür, dass er neben vielen anderen Arbeiten in die Lücke gesprungen ist und mir ebenfalls wertvolle und hilfreiche Unterstützung gegeben hast. Besonders danken möchte ich dem Parlamentsdienstleiter, Alex Klee, der als meine rechte Hand fungierte. Er hat mich bestens und sehr kompetent in meinen Aufgaben unterstützt und auch in herausfordernden Situationen professionellen Support geleistet. Ein spezieller Dank geht auch das Team der Zentralen Dienste der Landeskanzlei unter der Leitung von Cornelia Kissling. Sie und ihre Mitarbeitenden erbrachten ein grosses Engagement, haben sich vieler verschiedener administrativer Details angenommen und sorgten dafür, dass auch im Hintergrund alles gut lief. Herzlichen Dank allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeskanzlei. Die Arbeit im Milizsystem wäre ohne euch nicht möglich.

Bei meinen beiden Vizepräsidenten Hannes Schweizer und Peter Riebli bedanke ich mich für die tatkräftige Unterstützung. Lieber Hannes, Deine humorvollen Einlagen haben immer wieder für Auflockerung in unserem enggetakteten Ratsbetrieb gesorgt. Vielen Dank dafür.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gebührt Dank für die gute Zusammenarbeit und den res-

pektvollen Umgang untereinander. Ich freue mich sehr, konnten wir so effizient zusammenarbeiten und dadurch viele Traktanden erledigen.

Meiner Partei danke ich für die tolle Unterstützung und für das Vertrauen. Ohne sie würde ich heute nicht hier sitzen. Ein grosser Dank verdienen auch Esther Roth, Leiterin kulturelles.bl, sowie Thomas Beugger, Leiter Sportamt und deren Teams. Gemeinsam mit ihnen habe ich entschieden, während meinem Präsidualjahr Kultur und Sport in den Fokus zu stellen und damit den Landrat in Bewegung zu halten. Liebe Esther, lieber Thomas, ich danke euch für eure tollen Ideen und die geniale Umsetzung der Anlässe. Cornelia Kissling danke ich für die grosse, administrative Unterstützung bei diesem Projekt.

Jetzt ist es mir eine Freude, die Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro zu verabschieden. Liebe Sabine, gemeinsam besuchten wir viele Veranstaltungen. Wir unterstützten uns gegenseitig. Ich erlebte Dich als lösungsorientierte, intelligente, humorvolle und gesprächsbereite Regierungspräsidentin. Ich erinnere mich an eine gemeinsame Sitzung, als Du zu mir sagtest: Wenn irgendein Problem auftritt, kommst Du einfach zu mir und wir finden zusammen eine Lösung. Dies schätzte ich sehr. Vielen Dank für Deinen grossen Einsatz für das Baselbiet. Für Dein letztes Jahr als Regierungsrätin wünsche ich Dir viel Erfolg und alles Gute. Die Zusammenarbeit mit Dir war genial. Ihnen allen wünsche ich weiterhin eine gute politische Zusammenarbeit, Glaubwürdigkeit nach innen und nach aussen, wertschätzende und respektvolle Debatten und ein klarer Blick für die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons und der ganzen Region. Für mich stellt der heutige Tag auch den Abschluss meiner Tätigkeit als Landrätin dar. Wie es weitergeht ist noch nicht so klar. Eines ist jedoch sicher – ich werde der Politik erhalten bleiben. Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerpause und anschliessend viel Elan und alles Gute für das letzte Jahr der Legislatur 2015-19. Vielen Dank!» [Applaus]

Die Landratspräsidentin erinnert zum Schluss an den Fototermin für die Neugewählten, an die anschliessende Geschäftsleitungssitzung, wünscht allen schöne Fraktionsausflüge, viel Vergnügen am «Landrotspreesi-Fescht» und eine schöne, erholsame Sommerferienzeit. Sie schliesst die Sitzung um 12:00 Uhr.

Nr. 2134

2. Zur Traktandenliste

2017/640; Protokoll: ak

Rolf Richterich (FDP) beantragt angesichts der Abwesenheit von Balz Stückelberger die Absetzung von Traktandum 28.

://: Die Traktandenliste wird, nach Absetzung von Traktandum 28, stillschweigend beschlossen.

Nr. 2135

3. Anlobung von Elisabeth Heer Dietrich als Landschreiberin

2018/428; Protokoll: ak

://: Elisabeth Heer Dietrich legt ihr Amtsgelöbnis ab.

Nr. 2136

4. Anlobung von Barbara Gafner als Vorsteherin der Finanzkontrolle

2018/591; Protokoll: ak

://: Barbara Gafner legt ihr Amtsgelöbnis ab.

Nr. 2142

5. Wahl des Landratspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019

2018/477; Protokoll: ak

Miriam Locher (SP) schlägt namens der SP-Fraktion Hannes Schweizer zur Wahl als Landratspräsident vor. Er politisiert seit 2003 im Landrat. In dieser Zeit hat er sich einen Namen gemacht als aufrichtiger und ehrlicher Politiker, der für seine Ideale einsteht. Vor der Landratszeit hat er 15 Jahre lang als Gemeindepräsident gewirkt und auch dabei mit seiner direkten Art überzeugt. Er ist ein Politiker, der freudvoll und mit viel Herzblut bei der Sache ist. Gleichzeitig kann er auf einen grossen Erfahrungsschatz zurückgreifen und lässt sich nicht so schnell aus der Ruhe bringen – eine Eigenschaft, die im Ratsbetrieb sehr wichtig ist.

Neben der Arbeit im Landrat hat sich Hannes Schweizer auch immer für den FC Landrat sehr stark engagiert, der inzwischen einen hohen Stellenwert hat. Auch dort hat sich Hannes Schweizer durch sportliche Fairness ausgezeichnet; eine weitere Eigenschaft, die ihm im Ratsbetrieb zugute kommt.

Hannes Schweizer kann den Kanton würdig vertreten, denn er politisiert nahe bei den Leuten; er mag lieber Hörnli mit Gehacktem als ein veganes Gericht, wie zuletzt beim Fraktionsessen im Dezember 2017 festzustellen war. Er politisiert konsensorientiert; auch dies eine Eigenschaft, die einem als Landratspräsident nützlich sein wird.

Hannes Schweizer ist breit abgestützt und pflegt Kontakte über die Parteigrenzen hinaus. Er wird mit all seinen Eigenschaften einen würdigen Vertreter des Kantons Basel-Landschaft abgeben, und die SP-Fraktion wird sich über seine Wahl sehr freuen.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor. Deshalb lässt Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) die Wahlzettel verteilen und danach wieder einziehen. Bis das Wahlresultat vorliegt, wird die Sitzung mit anderen Traktanden fortgesetzt.

– *Bekanntgabe des Wahlresultats*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	86
Zahl der leeren Wahlzettel	1
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	85
Absolutes Mehr	43
Gewählt ist Hannes Schweizer	80
Stimmen haben erhalten:	
Andere	5

://: Mit 80 Stimmen wird Hannes Schweizer zum Landratspräsidenten gewählt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) gratuliert Hannes Schweizer herzlich zur Wahl.
[stehender Beifall]

Hannes Schweizer (SP) erklärt mit folgender Ansprache Annahme der Wahl:

*«Geschätzte Frau Landratspräsidentin, liebe Elisabeth
Geschätzte Frau Regierungspräsidentin, geschätzte Mitglieder des Regierungsrates
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landrates
Geschätzte Medienvertreter*

Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne

Um ehrlich zu sein – und das soll nicht überheblich klingen –: ich habe fast ein wenig damit gerechnet, dass ich heute gewählt werde [Heiterkeit] – allerdings nicht mit einem beinahe koreanischen Resultat. Somit, lieber OK-Präsident Pete auf der Tribüne: Ihr könnt den Dielenberger Weisswein jetzt kaltstellen und den Salat zu rüsten anfangen, denn heute Abend steigt nun definitiv in Oberdorf ein grosses Fest.

Am Apéro um 17:15 Uhr in Oberdorf werde ich eine kurze Antrittsrede halten. Ohne viel vom Inhalt zu verraten, kann ich doch sagen, dass im Zentrum das Thema der in unserer Gesellschaft immer weiter verbreiteten ‚Selbstverständlichkeit‘ stehen wird. Mich beschäftigt seit einem halben Jahr ein Ereignis aus dem Kanton Jura: Eine Kollegin, die ich an Sitzungen mit dem dortigen Parlamentsbüro kennengelernt habe, war als Vizepräsidentin unbestritten. Kurz vor ihrer Wahl in das höchste Amt des Kantons sind Dokumente aufgetaucht, in der sie der Falschaussagen bezichtigt wurde. Ein ganzes Dorf hat seine Turnhalle hergerichtet und geschmückt – so wie das gestern Abend in Oberdorf auch geschehen ist –, aber am Wahltag wurde dann eine andere Parlamentarierin gewählt. Das zeigt: Es ist heute nichts selbstverständlich, und wer etwas als selbstverständlich erachtet, muss dies in Frage stellen.

Umso mehr danke ich euch allen für das Vertrauen, das ihr mir mit diesem Wahnsinnsresultat ausgesprochen habt. Besonders erwähnen möchte ich meine Fraktion: Es ist nicht selbstverständlich, dass ich so uneingeschränkt unterstützt werde, habe ich doch ab und zu eine andere Meinung vertreten. Aber genau das schätze ich: Wenn man in einer Partei seine Meinung frei äussern kann und gleichwohl in solchen Momenten wie heute gestützt wird.

Du, liebe Elisabeth, hast in deinem Präsidialjahr die Messlatte wahnsinnig hoch gesetzt. Es wird schwierig sein, die 200 Facebook-Einträge und die 200 besuchten Veranstaltungen zu toppen; aber ich werde mich bemühen, ähnlich gut abzuschneiden.

Euch, liebe Landratskolleginnen und -kollegen, nochmals danke fürs Vertrauen. Ich werde versuchen, den Ratsbetrieb so zu gestalten, dass ihr angesichts des Tempos nicht in Ohnmacht fallt, aber auch nicht vor Langeweile einschläft. [Heiterkeit]

Somit erkläre ich Annahme der Wahl.» [Applaus]

Es folgt ein Auftritt des Schulchors der Sekundarschule Waldenburgertal. [Applaus]

Piero Grumelli, Gemeindepräsident von Oberdorf, überbringt folgende Grussbotschaft:

*«Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrte Mitglieder des Landrates
Sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrates
Sehr geehrte Mitarbeitende der Landeskanzlei
Werte Gäste auf der Tribüne*

Als wir vor einigen Jahren vernommen haben, dass Hannes Schweizer nach Oberdorf ziehen wird, ist Jubel ausgebrochen: Ein Fussballer! Sogar der Captain des FC Landrat! Er wird Millionen an Steuerfranken ins Dorf bringen! [Heiterkeit] – Dazu ist es dann natürlich nicht gekommen, aber es zeigt doch, was für eine Person Hannes Schweizer ist: Er setzt sich ein für Familien, Vereine, Klubs, für die Gemeinde und als Landrat auch für den Kanton. Es ist nicht nur eine Floskel, wenn man sagt: Er ist sich nie zu schade, sich die Hände dreckig zu machen und aktiv mitzuwirken. Hannes Schweizer lebt uns Werte vor wie Bescheidenheit, Eifer, Fleiss und Respekt. Ich bin überzeugt, dass er dieses Jahr souverän meistern wird.

Für Oberdorf ist es eine grosse Ehre, dass für ein Jahr der höchste Baselbieter aus unserem Dorf kommt. Es freut uns, wenn Sie heute Abend zu uns kommen; Sie sind alle herzlich eingeladen. Das Wetter ist ja perfekt zum Festen und zum gemütlichen Beisammensein.

Werte Landrätinnen und Landräte, Ihnen allen wünsche ich ein Jahr mit vielen Diskussionen, an deren Ende Lösungen stehen, hinter denen die meisten stehen und mit denen sie zufrieden sein können. Dir, lieber Hannes, wünsche ich, dass Du im Präsidialjahr Deine Art, die Dich auszeichnet, ausleben kannst, so dass Du in einem Jahr zufrieden auf diese Zeit zurückblicken kannst.» [Applaus]

Nr. 2143

6. Wahl der Regierungspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019
2018/478; Protokoll: ak

Rolf Richterich (FDP) nominiert namens der FDP-Fraktion Monica Gschwind als Regierungspräsidentin Monica Gschwind, die bisherige Vizepräsidentin. Sie nimmt ihr viertes Amtsjahr in Angriff und verfügt somit schon über eine gewisse Amtroutine. Das erlaubt ihr, auch das zusätzliche «Ämtli» des Präsidiums und den damit verbundenen Mehraufwand zu übernehmen: Einerseits gilt es die Sitzungen vorzubereiten und zu leiten, andererseits sind damit auch viele repräsentative Aufgaben verbunden. Dafür ist sie bestens gerüstet, zumal sie auch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sicher im Griff hat.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor. Deshalb lässt Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) die Wahlzettel verteilen und danach wieder einziehen. Bis das Wahlresultat vorliegt, wird die Sitzung mit anderen Traktanden fortgesetzt.

– *Bekanntgabe des Wahlresultats*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	86
Zahl der leeren Wahlzettel	6
Zahl der ungültigen Wahlzettel	1
Zahl der gültigen Stimmen	79
Absolutes Mehr	40
Gewählt ist Monica Gschwind	72
Stimmen haben erhalten:	
Andere	7

://: Mit 72 Stimmen wird Monica Gschwind zur Regierungspräsidentin gewählt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) gratuliert Monica Gschwind herzlich zur Wahl.
[Applaus]

Nr. 2146

7. Wahl des 1. Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019
2018/479; Protokoll: ak

Dominik Straumann (SVP) gratuliert den beiden gewählten Präsidien, allen voran Hannes Schweizer, zum guten Wahlresultat und freut sich darauf, sein letztes Landratsjahr mit ihm als Präsidenten zu verbringen; auch Monica Gschwind wünscht er alles Gute für das bevorstehende Jahr.

Die SVP-Fraktion nominiert mit Peter Riebli einen relativ jungen Landrat als 1. Vizepräsidenten; jedenfalls, wenn es nach Amtsjahren geht: Peter Riebli ist erst seit vier Jahren im Landrat und

dennoch politisch sehr erfahren. Seit 14 Jahren gehört er dem Gemeinderat von Buckten an, den er seit 10 Jahren präsidiert. Mit diesen zwei Hüten ist er sehr sachlich und differenziert umgegangen: Einerseits äussert er sich als Parlamentarier durchaus gelegentlich pointiert und kritisch, aber als Exekutivpolitiker kann er auch den Konsens anstreben. Das braucht es später auch fürs Landratspräsidium: denn als Landratspräsident vertritt er alle 90 Parlamentsmitglieder trotz ihrer teils stark divergierenden Meinungen. Er wird das Parlament und den Kanton auch gegen aussen repräsentieren. Als 1. Vizepräsident kann er nun ein weiteres Jahr an dieser Aufgabe schnuppern.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor. Deshalb lässt Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) die Wahlzettel verteilen und danach wieder einziehen. Bis das Wahlergebnis vorliegt, wird die Sitzung mit anderen Traktanden fortgesetzt.

– *Bekanntgabe des Wahlergebnisses*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	86
Zahl der leeren Wahlzettel	5
Zahl der ungültigen Wahlzettel	1
Zahl der gültigen Stimmen	80
Absolutes Mehr	41
Gewählt ist Peter Riebli	57
Stimmen haben erhalten:	
Paul Wenger	21
Andere	2

://: Mit 57 Stimmen wird Peter Riebli zum 1. Vizepräsidenten des Landrates gewählt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) gratuliert Peter Riebli herzlich zur Wahl. [*Applaus*]

Nr. 2147

8. Wahl des 2. Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019

2018/480; Protokoll: ak

Rolf Richterich (FDP) schlägt namens der FDP-Fraktion mit Freunde Heinz Lerf zur Wahl als 2. Vizepräsident des Landrates vor. Er strebt dieses Amt bereits in seiner Legislatur an – natürlich mit dem Ziel, einmal auf dem Sessel des Landratspräsidenten Platz zu nehmen.

Heinz Lerf hat in diesem Saal bereits einmal ein Parlament präsidiert, und zwar den Liestaler Einwohnerrat; er ist also bestens für dieses Amt vorbereitet. Er kennt die Perspektive des Ratspräsidenten auf die Menge, die vielleicht nicht immer genau das Gleiche will wie die Leitung. Er wird sicher die richtigen Mittel einzusetzen wissen für einen effizienten Ratsbetrieb. Insofern kann Heinz Lerf wärmstens empfohlen werden. Nota bene ist er schon heute ein sehr guter Botschafter des Kantones auch jenseits der Grenzen, sitzt er doch auch für die Baselbieter Farben im Oberrheinrat. Er wird also bestimmt auch an Anlässen, die er besuchen wird, eine gute Figur abgeben.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor. Deshalb lässt Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) die Wahlzettel verteilen und danach wieder einziehen. Bis das Wahlergebnis vorliegt, wird die Sitzung mit anderen Traktanden fortgesetzt.

– *Bekanntgabe des Wahlergebnisses*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	86

Zahl der leeren Wahlzettel	1
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	85
Absolutes Mehr	43
Gewählt ist Heinz Lerf	73
Stimmen haben erhalten:	
Andrea Kaufmann	12
Andere	1

://: Mit 73 Stimmen wird Heinz Lerf zum 2. Vizepräsidenten des Landrates gewählt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) gratuliert Heinz Lerf herzlich zur Wahl. [*Applaus*]

Nr. 2148

9. Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019

2018/481; Protokoll: ak

Als Vizepräsidentin der Grüne/EVP-Fraktion schlägt **Sara Fritz** (EVP), nach einem Glückwunsch an die Adresse des neuen Landratspräsidenten Hannes Schweizer, Isaac Reber zur Wahl als Vizepräsident des Regierungsrates vor. Er gehört der Regierung seit 2011 als Vorsteher der Sicherheitsdirektion an. Er hatte bereits einmal die Möglichkeit, als Regierungspräsident den Kanton zu vertreten. Die Fraktion ist überzeugt, dass er das auch ein weiteres Mal gut machen wird. Isaac Reber politisiert sehr nahe am Volk, ist gut vernetzt, sowohl innerhalb des Kantons als auch in Bern und mit den Nachbarn im nahen Ausland. Er wird von vielen geschätzt, politisiert pragmatisch und lösungsorientiert und wird bestimmt als Regierungsvizepräsident einen würdigen Vertreter des Kantons abgeben.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor. Deshalb lässt Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) die Wahlzettel verteilen und danach wieder einziehen. Bis das Wahlresultat vorliegt, wird die Sitzung mit anderen Traktanden fortgesetzt.

– *Bekanntgabe des Wahlresultats*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	86
Zahl der leeren Wahlzettel	10
Zahl der ungültigen Wahlzettel	2
Zahl der gültigen Stimmen	74
Absolutes Mehr	38
Gewählt ist Isaac Reber	68
Stimmen haben erhalten:	
Andere	6

://: Mit 68 Stimmen wird Isaac Reber zum Vizepräsidenten des Regierungsrates gewählt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) gratuliert Isaac Reber herzlich zur Wahl. [*Applaus*]

Nr. 2149

10. Wahl eines Mitgliedes der Umweltschutz- und Energiekommission für den Rest der Legislaturperiode vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Hannes Schweizer

2018/577

://: Désirée Jaun wird in Stiller Wahl zum UEK-Mitglied gewählt.

Nr. 2156

11. Wahl von zwei Vertretern des Landrats in den Beirat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2018-2022

2018/545; Protokoll: bw

Rolf Richterich (FDP) freut sich, im Namen der FDP-Fraktion Sven Inäbnit zur Wahl vorschlagen zu können. Sven Inäbnit lebt in Binningen, das sich im Kerngebiet der BLT befindet. Er kennt die Ansprüche der Nutzer aus eigener Erfahrung und seinem grossen lokalen Netzwerk. Weiter arbeitet er im Gebiet der BLT und bringt die Nutzersicht sehr gerne in den Beirat ein. Seit 2013 befindet sich Sven Inäbnit im Landrat und ist bestens vernetzt. Als Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und nicht der Bau- und Planungskommission bringt er weniger Fachwissen, dafür die Nutzersicht in den Beirat. Die FDP-Fraktion würde es sehr schätzen, würde Sven Inäbnit die Unterstützung des Rates erhalten.

Miriam Locher (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion Kathrin Schweizer zur Wahl vorschläge. Sie zeichnet sich als versierte Verkehrspolitikerin aus, war ein langjähriges Mitglied der Bau- und Planungskommission und ist in Muttenz wohnhaft, was durchaus auch als Kernzone der BLT bezeichnet werden kann.

Kathrin Schweizer war bisher bereits im BLT-Beirat vertreten und möchte dieses Engagement auch weiterhin wahrnehmen. Die SP-Fraktion unterstützt dies und ist überzeugt, dass Kathrin Schweizer im BLT-Beirat wertvolle Beiträge leisten kann.

Sara Fritz (EVP) schlägt im Namen der Grüne/EVP-Fraktion Werner Hotz zur Wahl vor. Seit zwei Jahren ist er im Landrat, wohnt in Allschwil und ist regelmässiger Nutzer des öffentlichen Verkehrs. Die Rednerin gibt zu bedenken, dass es im Vorfeld in der Geschäftsleitung eine Nomination gegeben habe. Werner Hotz wurde rechtzeitig nominiert, weshalb die Grüne/EVP-Fraktion sich freuen würde, würde er die Stimmen der Anwesenden erhalten.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass mehr Wahlvorschläge als zu wählende Personen eingegangen seien. Aus diesem Grund werden Wahlzettel verteilt und geheime Wahlen durchgeführt. Bis zum Vorliegen der Resultate wird die Sitzung mit weiteren Traktanden fortgesetzt.

– *Bekanntgabe des Wahlresultats*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	85
Zahl der leeren Wahlzettel	1
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Wahlzettel	84
Absolutes Mehr	39
Gewählt ist Werner Hotz	60
Gewählt ist Sven Inäbnit	52

Stimmen haben erhalten:

Kathrin Schweizer	37
Andere	6

://: Als Mitglieder des Beirats der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2018-2022 werden mit 60 Stimmen Werner Hotz und mit 52 Stimmen Sven Inäbnit gewählt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) gratuliert den beiden Gewählten zur Wahl.
[Applaus]

Nr. 2137

12. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

2018/538; Protokoll: ak

Der Präsident der Petitionskommission, **Georges Thüring** (SVP), erklärt, die Kommission habe die Gesuche an ihrer Sitzung vom 19. Juni 2018 behandelt. Sie sind gemäss den bekannten Vorgaben und Richtlinien geprüft worden.

Es handelt sich bei dieser Vorlage um 8 Einbürgerungsgesuche; diese umfassen 7 Erwachsene und 2 Kinder. Die Kommission beantragt mit 5:2 Stimmen, den Gesuchen stattzugeben.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) berichtet, in der Petitionskommission sei zu einer Vorlage der Antrag gestellt worden, ein einzelnes Gesuch aus dem «Päckli» herauszulösen, weil dort die Frage der Integration zu reden gegeben hat. Dieser Antrag wurde mit 4:3 Stimmen abgelehnt.

://: Mit 52:22 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern das Kantonsbürgerrecht verliehen, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2138

13. 10 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

2018/539; Protokoll: ak

Petitionskommissionspräsident **Georges Thüring** (SVP) erklärt, die Kommission habe die Gesuche an ihrer Sitzung vom 19. Juni 2018 behandelt. Sie sind gemäss den bekannten Vorgaben und Richtlinien geprüft worden.

Es handelt sich bei dieser Vorlage um 10 Einbürgerungsgesuche, die 17 Personen umfassen, wovon 2 Kinder. Die Kommission beantragt mit 5:2 Stimmen, den Gesuchen stattzugeben.

://: Mit 54:19 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern das Kantonsbürgerrecht verliehen, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2139

14. 12 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

2018/608; Protokoll: ak

Georges Thuring (SVP), Präsident der Petitionskommission, erklärt, die Kommission habe die Gesuche an ihrer Sitzung vom 19. Juni 2018 behandelt. Sie sind gemäss den bekannten Vorgaben und Richtlinien geprüft worden.

Es handelt sich bei dieser Vorlage um 12 Einbürgerungsgesuche; sie umfassen 20 Personen: 13 Erwachsene und 7 Kinder. Die Kommission beantragt mit 5:2 Stimmen, den Gesuchen stattzugeben.

://: Mit 55:17 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern das Kantonsbürgerrecht verliehen, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2140

15. 9 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

2018/609; Protokoll: ak

Georges Thuring (SVP) als Präsident der Petitionskommission erklärt, die Kommission habe die Gesuche an ihrer Sitzung vom 19. Juni 2018 behandelt. Sie sind gemäss den bekannten Vorgaben und Richtlinien geprüft worden.

Es handelt sich bei dieser Vorlage um 9 Einbürgerungsgesuche, die insgesamt 10 Personen umfassen. Die Kommission beantragt mit 5:2 Stimmen, den Gesuchen stattzugeben.

://: Mit 54:19 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern das Kantonsbürgerrecht verliehen, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2141

16. Formulierte Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten (Wohnkosten-Initiative)»

2018/316; Protokoll: ak

Finanzkommissions-Präsident **Roman Klauser** (SVP) verzichtet auf das Wort.

– *Zweite Lesung Steuergesetz*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 58:21 Stimmen wird die Gesetzesänderung beschlossen.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 58:15 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten (Wohnkosten-Initiative)»

vom 28. Juni 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die formulierte Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten (Wohnkosten-Initiative)» wird abgelehnt.
2. Der Gegenvorschlag zur formulierten Gesetzesinitiative in Form der Änderung des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern wird beschlossen.
3. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten (Wohnkosten-Initiative)» abzulehnen und den Gegenvorschlag anzunehmen. Für den Fall, dass sowohl Gegenvorschlag als auch Initiative angenommen werden, wird empfohlen, den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Nr. 2144

17. Parlamentarische Initiative «Rasche Anpassung des pauschalen Liegenschaftsunterhalts nach dem Bundesgerichtsurteil vom 12.01.2017»

2017/71; Protokoll: ak

Roman Klausner (SVP), Präsident der Finanzkommission, berichtet, aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom Januar 2017 habe Michael Herrmann die Parlamentarische Initiative eingereicht. Inzwischen wurde das angestrebte Ziel aber mit dem Gegenvorschlag zur Wohnkosten-Initiative – siehe vorangegangenes Traktandum – erreicht.

Die Finanzkommission setzte eine eigene Arbeitsgruppe zu diesem Thema ein, die zum Schluss gekommen ist, dass es nun nicht mehr nötig ist, die Parlamentarische Initiative weiter zu bearbeiten. Deshalb beantragt die Finanzkommission mit 12:0 Stimmen Nichteintreten.

– *Eintretensdebatte*

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion folge dem Antrag der Finanzkommission. In Anbetracht der Schlussabstimmung zum vorhergehenden Traktandum kann auf die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative verzichtet werden.

Urs Kaufmann (SP) meint, man stehe vor einer etwas blöden Situation: Es liegt eine übertriebene Parlamentarische Initiative vor, die etwas quer in der politischen Landschaft steht. Sie fordert bundesrechtlich extrem heikle Pauschalabzüge. Man kann sie nicht einfach zurückziehen, und deshalb bleibt nichts anderes übrig als Nichteintreten zu beschliessen. Es ist ein weiteres Beispiel für den unsinnigen Kampf für schweizweit möglichst tiefste Steuern für Hauseigentümer. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für Nichteintreten auf die Vorlage zur Parlamentarischen Initiative; sie war schliesslich seinerzeit schon gegen deren Überweisung.

Christof Hiltmann (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion der Empfehlung der Finanzkommission folge und auf das Geschäft nicht eintreten werde. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen –

auch nicht zu den Äusserungen des Vorredners. Die ganze Thematik ist bei der Beratung der Wohnkosten-Initiative abgehandelt worden; dabei kann man es belassen.

Werner Hotz (EVP) meint, aus formellen Gründen müsse wie von der Kommission vorgeschlagen vorgegangen werden; inhaltlich ist die Parlamentarische Initiative gut aufgenommen worden in der zuvor verabschiedeten Vorlage. Deshalb stimmt die Grüne/EVP-Fraktion nun für Nichteintreten.

Simon Oberbeck (CVP) teilt mit, dass auch die CVP/BDP-Fraktion für Nichteintreten sei.

://: Mit 70:0 Stimmen wird Nichteintreten beschlossen.

Nr. 2145

18. Jahresbericht 2017
2018/414; Protokoll: ak, bw

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) begrüsst zu diesem Geschäft Kantonsgerichtspräsident Roland Hofmann. Er nimmt gemäss § 54 des Landratsgesetzes von Amtes wegen an der Beratung des Jahresberichts teil.

Finanzkommissionspräsident **Roman Klausner** (SVP) erklärt, der Jahresabschluss 2017 sei besser ausgefallen als budgetiert und erwartet. Der Kanton schliesst das Jahr 2017 mit einem Gewinn im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung von CHF 67,4 Mio. ab. Budgetiert war ein Verlust von CHF 23.1 Mio. Die Abweichungen vom Budget entstanden durch Mehrerträge bei den Steuern und durch Einsparungen auf der Aufwandseite von 11,5 %.

Die Abtragung des Bilanzfehlbetrags war im Budget nicht vorgesehen; CHF 1,1 Mrd. wurden bezahlt an die Ausfinanzierung der Pensionskasse, die innert 20 Jahren zurückzuzahlen sind; das macht pro Jahr etwa CHF 55 Mio. aus. Per 1. Januar 2018 konnten bereits zwei Tranchen, nämlich CHF 111,1 Mio., abgetragen werden.

Ein wichtiges Indiz ist das Eigenkapital: Es ist im Vergleich zur Rechnung 2016 um CHF 68 Mio. gestiegen und liegt neu bei CHF 379 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad, einer der wichtigsten Grössen für die Investitionen, ist neu auf CHF 119,4 % gestiegen.

Der Personalaufwand liegt 2,6 % unter dem Budget als Folge verschiedener Massnahmen. Der Betriebs- und Sachaufwand ist um 9,5 % höher, d.h. das ursprüngliche Entlastungsziel ist noch nicht erreicht. Der Gesamthaushalt ist also immer noch sehr fragil, und es braucht nicht viel, dass er wieder aus dem Gleichgewicht gerät.

Durch das neue Finanzhaushaltsgesetz sind gewisse Mechanismen und Zahlen viel einfacher ersichtlich und somit für die Kommissionen leichter berechenbar; es ist jetzt viel klarer, worauf ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss.

Es soll nicht auf jeden einzelnen Subko-Bericht eingegangen werden. Aber zusammenfassend lässt sich sagen, dass die VGD um CHF 22 Mio., also 5 % besser abgeschnitten hat als budgetiert; über die übrigen Details gibt der schriftliche Bericht Aufschluss.

Die Finanzkommission wollte den Jahresbericht einstimmig genehmigen. Um aber dem Landrat eine Debatte zu ermöglichen, hat sie den Antrag mit 12:1 Stimmen gefasst, was im Bericht explizit ausgewiesen ist.

Als Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission berichtet **Lotti Stokar** (Grüne), die GPK habe sich mit dem Teil Amtsbericht im Jahresbericht 2017 des Regierungsrates befasst. Der Bericht zu den Jahresberichten 2017 diverser Institutionen folgt dann später, im 2. Semester 2018. Ebenfalls erst dann werden die beiden Sammelvorlagen zu den parlamentarischen Aufträgen, die nicht innert der gesetzlichen Frist erfüllt worden sind, behandelt werden.

Wie jedes Jahr prüften die Subkommissionen der GPK jene Kapitel im Amtsbericht, für welche sie zuständig sind, und führten mit den Direktionen Gespräche. Diese Gespräche sind sowohl für die GPK-Mitglieder als auch für die zuständigen Regierungsräte und Direktionen eine gute Gelegen-

heit, Verständnisfragen zu stellen. Regelmässig werden aber auch aktuelle Themen besprochen, welche über den Amtsbericht hinaus gehen. Ist das Klima von gegenseitigem Vertrauen geprägt und der Austausch offen und transparent, sind diese Gespräche stets eine wichtige Basis zum gegenseitigen Verständnis und für das politische Klima im Kanton.

Da bei diesen Gesprächen jeweils nur die Subkommissionen dabei sind, übernahmen es letztes Jahr die Präsidien der Subkommissionen, dem Landrat zu berichten. Die GPK ist nun aber wieder davon abgekommen, und nun erfolgt die Berichterstattung wieder mit einer Stimme – wegen der Abwesenheit des Präsidenten durch die Vizepräsidentin. Im Folgenden werden Teile des Berichtes herausgeplückt, die den Subkommissionen speziell erwähnenswert schienen:

Finanz- und Kirchendirektion: Die Subko informierte sich über die Rolle des Generalsekretärs als Co-Präsident des Verwaltungsrats der BLPK. Die gleichzeitige Rolle als Versicherter und Arbeitgeber-Vertretung im strategischen Führungsorgan der Pensionskasse ist eine Sondersituation; aber das ist so bei allen Arbeitgebern mit «eigener» Pensionskasse.

Die Fachstelle für Gleichstellung steht immer wieder im Fokus des Interesses. Mit der «Zukunftsstrategie Gleichstellung 2017-2020» pflegt sie mit allen Direktionen den regelmässigen Austausch und fördert durch konkrete Projekte fachlichen Austausch und den Dialog über die Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Verwaltung. Der externe Beratungsaufwand war eher marginal. Wohl mit etwas Schmunzeln hat die Subko festgestellt, dass der Männeranteil im Gleichstellungsbüro 0 % beträgt.

Auch das kantonale Sozialamt interessiert immer wieder besonders. Die Sozialhilfequote im Kanton steigt seit 2009 um 0,1 % pro Jahr. Die Gründe sind bekanntlich vielfältig (Einelternefamilie, Mangel an niederschweligen Arbeitsplätzen, Personen mit gesundheitlichen Problemen, die aber keine IV bekommen, etc.). Augenfällig ist, dass 40 % der Betroffenen keine Erstausbildung haben. Mit Erstausbildung ist eine Ausbildung nach der Regelschule gemeint. Diese Personen haben also nur die obligatorische Schulzeit absolviert, aber anschliessend keine weiterführende Schule besucht und auch keine Berufslehre gemacht. Dass 40 % der Personen in der Sozialhilfe über keinen solchen Abschluss verfügen, zeigt die Bedeutung einer Ausbildung und den Stellenwert von Bildung zur Verhinderung von Armut im Allgemeinen.

Beim Personalamt erwartet die Subko, dass ein Überblick bestehen sollte über sämtliche personellen Trennungsvereinbarungen und den dabei abgemachten Zahlungen. Erfasst werde das heute nur dann, wenn ein Sozialplan gemäss Dir-WOM-2 besteht.

Bei den Steuerveranlagungen fiel auf, dass die Anzahl der Einsprachen gestiegen ist. Einige Erklärungen dazu sind im GPK-Bericht enthalten.

Die SubKo verwies bei der Informatik auf die Herausforderungen betreffend Daten- und Systemicherheit. Immerhin traten im Jahr 2017 80 Sicherheitsvorfälle auf, die jedoch keine grossen Auswirkungen hatten. Die Subko ist von der Regierung informiert worden und konnte sich davon überzeugen lassen, dass sie sich intensiv mit diesen Themen beschäftigt.

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion: Es erstaunt nicht, dass die Schwarzarbeitsbekämpfung wiederum Thema war. Es wurden insbesondere die Leistungsvereinbarungen 2014-2016 und 2017-2019 miteinander verglichen, und vom Regierungsrat wurde betont, dass es aufgrund der schlechten Erfahrungen nun klarere Zielvorgaben gebe.

Die Hundegesetzgebung wurde angesprochen. Mangels personeller Ressourcen wird eine notwendige Revision noch zurückgestellt und auf die Erfahrungen anderer Kantone gewartet.

Viel Raum nahmen die Projekte rund um die Gesundheitsversorgung und die gemeinsame Spitalgruppe ein. Für Details wird auf Seite 10 ff. des Kommissionsberichts verwiesen.

Stichwort Standortförderung: Das Bedürfnis an Informationen soll künftig mit dem bereits existierenden Newsletter befriedigt werden. Er wird bereits jetzt allen Landratsmitgliedern geschickt.

Bau- und Umweltschutzdirektion: Wie bereits im Bericht der Finanzkommission erwähnt, macht die Stellenbesetzung besonders Mühe, sei es bei den Ausbildungsstellen oder auch bei qualifiziertem Personal. Darüber, woran das liegen mag, wurde verschiedentlich gemutmasst; effektive rasche Verbesserung dieser Situation kann allerdings nicht erwartet werden.

Weitere Themen waren die Umsetzung der Wasserstrategie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, der Werterhalt bei den Kantonsstrassen und die Deponieplanung. Der Bericht wurde bekanntlich im Frühjahr verfasst, noch bevor die Richtplananpassung betreffend Deponien in die Vernehmlassung kam. Entsprechend mager sind die Antworten ausgefallen.

Sicherheitsdirektion: Mit der Erarbeitung einer «Strategie Gefängnisse» mit Basel-Stadt soll erreicht werden, dass die Gefängnisse den Bedürfnissen entsprechend optimal verwendet und die Potenziale der bikantonalen Zusammenarbeit im Justizvollzug stärker genutzt werden. Die Kosten im Strafvollzug sind in den letzten vier Jahren um fast 30 % gestiegen, da die Vollzugstage aufgrund von Gerichtsurteilen stetig zugenommen haben. Zudem werden vermehrt teure stationäre Therapiemassnahmen bei psychisch Kranken und tendenziell gefährlichen Straftätern vollzogen. Im Sinne einer kohärenten und wirksamen Strafjustiz und der geringen politischen und gesellschaftlichen Risikotoleranz stehen keine Massnahmen zu Gebote, um diese Kostensteigerung einzudämmen. Trotzdem wird die SID eine Evaluation über die einzelnen Faktoren der Kostenentwicklung durchführen, um allenfalls darauf einwirken zu können.

Immer wieder interessiert die Öffentlichkeit das Thema «Polizei». Das Schliessen von Polizeiposten wurde schon öfters in Frage gestellt. Durch die Reduktion der Polizeiposten konnten aber durchschnittlich 18 % mehr Patrouillen generiert werden. Die Analyse der ereignishohen Zeiten im Kanton und eine Neukonzeption der Dienstplanung ermöglichten bis zu 100 % mehr Patrouillen zu den ereignishohen Zeiten auf der Strasse. Dank des Einsatzes der mobilen Polizei werden so auch die Interventionszeiten verbessert.

Die schlechte Auslastung des Massnahmenzentrums Arxhof (73 % anstelle der budgetierten 92 %), der tiefe Eigenfinanzierungsgrad und die hohe Fluktuationsrate bei den Angestellten wurde von der Subko IV schwerpunktmässig thematisiert. Die tiefe und schwankende Auslastung begründet die SID mit dem Rückgang der Verurteilungen nach § 15 Jugendstrafrecht und § 61 StGB sowie mit dem Fehlen einer «Teilgeschlossenheit» der Anstalt. Bei einem geschlossenen Eintrittsbereich könnten die Fähigkeit und die Eignung der eingewiesenen Person für den offenen Vollzug vorgängig abgeklärt werden, was das Risiko einer Fehlplatzierung im Vergleich zu heute deutlich reduzieren würde. Die Direktion zeigt sich überzeugt, dass mit dem – vom Landrat bereits beschlossenen – geschlossenen Eintrittsbereich und weiteren Massnahmen die Auslastung signifikant verbessert werden kann.

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion: Die Subko erkundigte sich nach dem Stand und der Bedeutung von vier grossen Projekten und erhielt umfassend Auskunft. Dazu sei auf den schriftlichen Bericht verwiesen.

Nachdem die pauschalen Privatschulbeiträge abgeschafft worden sind, interessiert nun, ob dies zu einer Zunahme von Schülern in der öffentlichen Schule führen wird. Steigt die Anzahl von Schülern in den Privatschulen, soll auch untersucht werden, weshalb Privatschulen statt der öffentlichen Schule gewählt werden.

Der Berufsauftrag der Lehrpersonen soll revidiert werden. Dies ist ein schwieriges Unterfangen. Dem Amtsbericht kann entnommen werden, dass es noch Zusatzaufwand brauchen wird, um das gewünschte Ziel zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu erreichen.

Die Subko V der GPK hat in einem früheren Bericht bereits eine Statistik gefordert, welche die Initial-Gründe einer Sonderförderung aufzeigt. Diese liegt noch nicht vor. Die Subko V erwartet dazu noch Informationen.

Der Landrat interessierte sich bereits mehrmals dafür, wie politische Bildung in den Gymnasien vermittelt wird. Die Subko erhielt folgende Auskunft: Die Umstellung von 3½ auf 4 Jahre hat den Gymnasien mit dem sogenannten schulspezifischen Pool neue Möglichkeiten eröffnet. Dieser Pool umfasst 5 Jahreslektionen und wird je nach Gymnasium und Schulprogramm unterschiedlich verwendet. 3 Gymnasien haben politische Bildung in diesen schulspezifischen Pool integriert: In Oberwil und Muttenz gibt es eine Jahreslektion politische Bildung explizit als eigenes Fach. Und in Liestal gibt es zwei Jahreslektionen «Akzentkurs». Politische Bildung wird dabei nicht explizit verlangt, ist aber implizit enthalten, weil sich die Akzentkurse mit aktuellen gesellschaftsrelevanten Themen beschäftigen (aktuelle Themen sind: UNESCO, Die Ernährung der Welt, Flüchtlinge, Staatsarchiv Baselland, Die Schweiz und die religiöse Vielfalt, L'Afrique et nous). Zwei Gymnasien haben im Rahmen des 4-jährigen Gymnasiums Sonderwochen etabliert, die sich der politischen Bildung widmen: In Laufen gibt es eine Sonderwoche Politische Bildung, und in Münchenstein haben während der mündlichen Maturprüfungen die 1. Klassen zwei Halbtage, die 2. und 3. Klassen drei Halbtage politische Bildung. Diese Halbtage sind aufbauend, so dass ein Gymnasiast während seiner Schulzeit eine ganze Woche politische Bildung hat.

Die Streichung der Grundkurse für Bibliothekare und Bibliothekarinnen der öffentlichen Bibliothe-

ken führte dazu, dass Personen aus Baselland ausserkantonale Kurse besuchen müssen. Bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken SAB ist am Standort Aarau offenbar ein Grundkurs SAB für 2019 in Planung.

Zum Schluss dankt die Geschäftsprüfungskommission allen Mitarbeitenden der Verwaltung. Sie haben bei nach wie vor ziemlich schwierigen Bedingungen gut gearbeitet und mit viel persönlichem Engagement die teilweise sehr grossen zusätzlichen Belastungen bewältigt. Das zeigt sich auch in der extrem hohen Budgetdisziplin.

Die GPK hat mit den Berichten zu den Jahresberichten des Regierungsrates zu den Jahren 2012 bis 2016 verlangt, künftig einen Hinweis auf bestehende separate Jahresberichte von Dienststellen aufzunehmen. Dieses Anliegen wurde nun umgesetzt. Der Antrag der GPK enthält deshalb dieses Jahr keine Empfehlungen an den Regierungsrat. Auch dem Regierungsrat gebührt Dank für die Beantwortung der Fragen der GPK und für sein grosses Engagement als Exekutive unseres Kantons.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Landrat, den Teil Amtsbericht im Jahresbericht 2017 des Regierungsrates zu genehmigen.

– *Eintretensdebatte*

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP): Der Jahresbericht 2017 erlaubt, bezüglich Finanzen einen Blick zurück wie auch in die Zukunft zu werfen. Die Regierung spricht aus finanzpolitischer Sicht für das Jahr 2017 von einem Meilenstein, der erreicht wurde. Dies trifft für die SVP-Fraktion höchstens insofern zu, als in der Staatsrechnung wieder schwarze Zahlen geschrieben werden. Nach dem budgetierten Defizit von CHF 23,1 Mio. wurde schliesslich ein Überschuss von CHF 67,4 Mio. verzeichnet: nach acht Jahren roten Zahlen erstmals wieder schwarze Zahlen. So lange hat es gedauert, bis die unverantwortliche Ausgabenpolitik der ausgabefreundlichen politischen Linken in den Jahren 2003 bis Mitte 2015 dank zwei Entlastungspaketen, die in erster Linie von den bürgerlichen Fraktionen und auch von der Regierung unterstützt wurden, wieder einigermaßen ins Lot gebracht werden konnte. Insgesamt waren dafür seit 2012 Entlastungen von CHF 239 Mio. notwendig, davon rund CHF 28 Mio. im vergangenen Jahr. Für 2018 sind weitere CHF 38 Mio. geplant. Zusammen mit den CHF 80 Mio. von Basel-Stadt für die Universität werden es am Schluss stolze CHF 357 Mio. sein.

Die Auswirkungen dieser zum Teil schmerzlichen, aber notwendigen Massnahmen werden jetzt immer mehr positiv spürbar. Der Kanton gewinnt wieder Handlungsspielraum, der durch neue Begehrlichkeiten zweifellos wieder verloren würde, auch wenn man sich nun von der Entlastungsstrategie neu auf eine Entwicklungsstrategie ausrichten will.

Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung ist mit CHF 178,5 Mio. sehr beachtlich. Man darf aber nicht vergessen, dass davon nur CHF 85,6 Mio. nachhaltige Mehrerträge sind und beachtliche CHF 89 Mio. aus Sondereffekten resultieren. Mit diesen kann nicht automatisch wieder gerechnet werden. Die konjunkturell günstigen Rahmenbedingungen haben den Anstieg der Steuermehrerträge eindeutig befördert. Es zeichnet sich ab, dass auch für das laufende Jahr nochmals mit mehr Steuererträgen gerechnet werden kann. Beim Aufwand war, bedingt durch die Mehrerträge, die Abtragung von zwei Jahrestanchen à je CHF 55,5 Mio. vom Bilanzfehlbetrag der BLPK-Reform zu verzeichnen, was grundsätzlich als positiv gewertet werden kann – obwohl diese Verbuchung durchaus hinterfragt werden kann.

Sorgen muss einem die grosse Verschuldung des Kantons machen. Zurzeit steht man bei einer Nettoverschuldung von rund CHF 3 Mrd. Damit ist der Kanton mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 9'100 im gesamtschweizerischen Vergleich an drittletzter Stelle. Nur Basel-Stadt und Genf sind noch schlechter dran. Ein Zinsanstieg von nur 1 % würde CHF 30 Mio. an Jahreszinsen kosten. Diese Schulden werden dem Kanton in Zukunft noch ziemliche Bauchschmerzen bereiten. Denn ein Zinsanstieg wird mit grosser Wahrscheinlichkeit eher eintreten als eine schnelle Abtragung der Schulden. Umso wichtiger ist es, einen stetigen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 % ausweisen zu können, wie es jetzt im Jahresabschluss 2017 mit 119,4 % gottseidank der Fall war. Damit können die Investitionen selbst finanziert werden, und der Kanton muss sich dafür nicht neu verschulden.

Leider wurde das Investitionsbudget einmal mehr nicht voll ausgeschöpft. CHF 81 Mio. weniger als geplant wurden ausgegeben. Dies hat natürlich nicht zu den schwarzen Zahlen beigetragen, ist

aber für die SVP-Fraktion in Anbetracht der vielen anstehenden und priorisierten Investitionen ein inakzeptabler Zustand. Das Minimalziel von mindestens CHF 200 Mio. Investitionen sollte alljährlich erreicht werden können. Es braucht eine bessere, rollende Planung, die sicherstellt, dass wegfallende Investitionsprojekte sofort ersetzt werden können. Ein entsprechender Vorstoss wurde bereits von der SVP-Fraktion eingereicht. Würde diese Planung schon heute funktionieren, so hätte man vielleicht bereits auf die Abtragung einer zweiten Tranche des Bilanzfehlbetrags der PK verzichtet und stattdessen das Geld für viel dringendere Investitionen in die Infrastruktur (vor allem Verkehrsinfrastruktur) verwendet.

Für die SVP steht ausser Frage, dass auch bei den Steuersätzen der guten Steuerzahler Handlungsbedarf besteht. Der Kanton BL ist für Steuerpflichtige mit hohem Einkommen nach wie vor alles andere als steuerlich attraktiv. Gesamtschweizerisch liegt der Kanton auf den hinteren Plätzen. Es gehen viele Steuerfranken verloren, weil gute Steuerzahler einen Bogen um Basel-Landschaft machen. Die Möglichkeit einer Verbesserung wird man im Auge behalten und auch konkret ansteuern.

Obwohl man sich über den guten Jahresbericht 2017 freuen kann, ist man alles andere als schon auf der sicheren Seite. Das Polster in der Erfolgsrechnung ist relativ dünn und die Verschuldung – wie erwähnt – hoch. Es gilt daher, mit dem finanzpolitischen Spielraum bewusst umzugehen und streng nach dem SVP-Credo zu verfahren, indem nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird. Ob in dieser Hinsicht auf das Parlament vertraut werden kann, ist eher schwierig vorauszusagen. Die bürgerliche Regierung – und insbesondere der Finanzdirektor – hat es in der Hand, das neue FHG, welches seit 1.1.2018 in Kraft ist, konsequent anzuwenden und die Finanzen erfolgreich zu steuern. Die SVP wird den Regierungsrat und den Finanzdirektor bei diesen Bemühungen unterstützen. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und stimmt den Anträgen zu.

Dem im Sommer aus dem Amt scheidenden Finanzverwalter Roger Wenk dankt Hans-Jürgen Ringgenberg im Namen der SVP für die in den letzten Jahren geleistete, hervorragende Arbeit im Rahmen der Rechnungslegung und wünscht ihm alles Gute zum wohl verdienten Ruhestand.

Mirjam Würth (SP) hebt hervor, dass der positive Rechnungsabschluss sogar Raum für Schuldenabbau gelassen habe. Denn der PK-Bilanzfehlbetrag, der jedes Jahr abgetragen wird, konnte verdoppelt werden. Dies zeigt, dass die Wirtschaft im Kanton BL, ja die Wirtschaft im Allgemeinen, durch die Aufhebung des Euro-Mindestwechselkurses weniger negativ beeinflusst wurde als erwartet. Einerseits kann man sich über diese Rechnung freuen, andererseits muss aber auch klar auf die schmerzlichen Abbaumassnahmen hingewiesen werden, die unter dem Eindruck der Aufhebung des Euro-Mindestwechselkurses vorgenommen wurden. Die Akzeptanz, Abbaumassnahmen durchzusetzen, war in dieser Zeit grösser; es gab weniger Widerstand, und es wurden viele Dinge abgebaut, die sich mit der Zeit rächen werden. Zuallererst sei dabei die Prävention genannt; immer wieder wurden im Schulbereich kleine Sachen wie etwa die «Zahnputzfrau» abgebaut. Prävention kostet zwar etwas, aber sie verhindert eventuelle spätere Schäden, die exponentiell teurer als das sind, was eingespart wurde.

Ob bei den jetzigen günstigen Umständen auf Schuldenabbau zu setzen ist oder auf Investitionen dort, wo Verbesserungen oder Mehrerträge generiert werden können, bedarf aus SP-Sicht einer sehr sorgfältigen Abwägung. Bekanntermassen leidet ein grosser Teil der Bevölkerung unter den immer mehr steigenden Krankenkassen-Prämien. Dass Handlungsbedarf besteht, ist sogar ins allgemeine Bewusstsein gedrungen. Viele Einwohner/innen im Kanton bezahlen deutlich mehr als 10 %, ja bis zu 20 % ihres Einkommens für die Prämien. Darunter sind viele alleinerziehende Eltern mit Kindern, die sich hart am Existenzminimum bewegen.

Gemäss SP ist zudem sorgfältig zu bedenken, ob nicht der ÖV wieder vermehrt dahingehend ausgebaut werden müsste, dass die Menschen vom Privat- auf den Öffentlichen Verkehr umsteigen können. Jeden Morgen häufen sich die Staumeldungen aus dem Radio, welche ein Zeichen für das Chaos auf den Strassen sind.

Ein Fokus auf die Kultur: Das Baselbiet ist reich an Kultur, es geht quer durch alle Sparten: Musik, Theater, Tanz, es gibt eine lebendige Tradition und bildende Kunst, Museen, Archäologie und Zirkus. Darauf muss und soll der Kanton stolz sein. Und das soll gefördert sowie mit den angemessenen Mitteln ausgestattet werden.

Die Sparvorgaben bei der Bildung lassen sich praktisch nicht umsetzen, nicht zuletzt weil die de-

mografische Entwicklung in die andere Richtung zeigt. Man kann nicht bei der Bildung sparen, wenn gleichzeitig mehr Kinder in die Schule kommen. Gleichwohl wird aber auch dort bei der Qualität der Lehrpersonen gespart, indem angehende Lehrer/innen kein Instrument mehr erlernen können und damit das Angebot deutlich verschlechtert wird.

Als sehr wichtig erachtet es die SP-Fraktion auch, dass das Energiepaket weiter geführt wird. Damit kann einerseits die Umwelt geschont werden – es wird weniger Energie verbraucht –, und andererseits werden damit auch weitere Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Jeder Franken, den man mit dem Energiepaket aus dem Kanton ausgibt, wird ergänzt durch Bundesgeld, d.h. man holt mit dem so investierten Geld zusätzliche Wirtschaftskraft in den Kanton Baselland.

Weitere Steuersenkungen sind für die SP komplett undenkbar. Schon jetzt besteht ein krasses Missverhältnis zwischen dem Steuerertrag, den natürliche Personen zahlen, und demjenigen, den juristische Personen bezahlen.

Der von Hans-Jürgen Ringgenberg erwähnten Ausgabenpolitik der «ausgabefreundlichen Linken» hält Mirjam Würth die Sparvorlagen beziehungsweise Steuersenkungspolitik der anderen Seite entgegen, die in den letzten 15 Jahren just die CHF 180 Mio. ausgemacht haben, welche Anlass für die Sparpakete waren. Schon seit Jahren wird über die Frage diskutiert: Sind die Steuersenkungen letztlich die Ausgangslage für die Sparpolitik, oder hat die Sparpolitik etwas mit den Aufgaben der Politik zu tun? Hier gibt es zwei Sichtweisen zum selben Thema. Resultat des Ganzen war, dass der Kanton deutlich in den roten Zahlen lag und sich nun davon erholt. Die Erholung soll in Investitionen und Massnahmen gesteckt werden, die den Kanton weiterbringen. Die SP bedankt sich bei allen Kantonsangestellten für die hervorragende Arbeit, die sie trotz manchmal widriger Umstände, trotz verschiedener Abbaumassnahmen – die mehr oder weniger in stillem Protest ertragen wurden – geleistet haben. Die SP-Fraktion ist sehr stolz auf die sehr gut funktionierende Verwaltung.

Die Finanzdirektion ermuntert Mirjam Würth, ganzheitlich zu denken und immer sorgfältig abzuwägen, ob der Kontrollaufwand, der den anderen Direktionen auferlegt wird, einen wirklichen Mehrwert schafft und nicht einfach nur mehr Papier generiert.

Dem Dank an Roger Wenk schliesst sich Mirjam Würth an und gibt dem Finanzverwalter ihre guten Wünsche mit auf den Weg in den sehr wohlverdienten Ruhestand. Die SP tritt auf die Staatsrechnung 2017 ein und wird sie genehmigen.

Die Gesundung der Kantonsfinanzen wurde erreicht, so **Saskia Schenker** (FDP). Nun gehe man weiter von der Entlastungsstrategie zur Entwicklungsstrategie, und man nutze den neuen finanzpolitischen Handlungsspielraum verantwortungsbewusst: das waren die Worte des Finanzdirektors an der Medienkonferenz zur Jahresrechnung 2017. Effektiv konnte mit CHF 67 Mio. ein guter Gewinn ausgewiesen werden, mit einem Selbstfinanzierungsgrad von über 100 %. Und das Eigenkapital wurde auf rund CHF 380 Mio. erhöht – eine um einiges bessere Ausgangslage als auch schon. Es gab aber einige Sondereffekte. Insbesondere auf der Einnahmenseite waren die Steuererträge höher als erwartet. Und das zeigt, dass das Eigenkapital Schwankungen unterliegt. Es muss daher sorgfältig mit den Finanzen umgegangen werden, um das Eigenkapital immer wieder zu stärken. Es gab vier Jahre, an denen niemand Freude hatte. Es musste vieles aufgeräumt und an den Grundlagen gearbeitet werden. Letzteres war nötig, um in Zukunft gestalten zu können. Ein Beispiel: Das neue Finanzhaushaltgesetz gibt die nötigen Instrumente, um verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehen zu können und den Kanton weiterzubringen. Investitionen sind ein Thema, sie sollen hoch gehalten werden.

Niemand will mehr Sparpakete. Dazu gehört, dass der Landrat seine Verantwortung wahrnimmt. Zukünftig wird aus den Vorlagen besser hervorgehen, welche finanziellen Auswirkungen sie mit sich bringen. Aus FDP-Sicht geht es alle an, genau hinzuschauen und zu prüfen, ob eine Ausgabe auch finanziert ist. Auch als Partei nimmt sich die FDP in die Pflicht. Der Wandel von der Entlastungsstrategie zur Entwicklungsstrategie wird unterstützt. Der Handlungsspielraum soll verantwortungsvoll genutzt werden. In diesem Sinn tritt die FDP-Fraktion auf die Vorlage ein. Namens der Fraktion bedankt sich Saskia Schenker sowohl bei Regierungsrat Toni Lauber und seinem Team wie auch bei Roger Wenk, der an der letzten Finanzkommissionssitzung verabschiedet wurde und dem sie alles Gute zur Pensionierung wünscht.

Andrea Heger (EVP) nimmt vorweg, dass auch die Fraktion Grüne/EVP den Anträgen der FIK und der GPK einstimmig folgen werde. Der Fraktion ist ein ausgeglichener Finanzhaushalt – immer auch mit Blick auf die Nachhaltigkeit – sehr wichtig; daher ist die Freude an dem guten Abschluss etwas verhalten. Dazu ist erstens zu bemerken: Die Aussage der FIK, dass der Schuldenabbau in vernünftigen Mass weiter vorangetrieben werden, daneben aber auch Ideen entwickelt werden sollen, die den Kanton in Bezug auf seine Wirtschaftskraft weiterbringen, wird sehr unterstützt. Der herrschende Investitionsstau kann eine grosse Gefahr darstellen. Der Schuldenabbau, aber auch die Investitionen sind nötig, um die Vitalität des Kantons BL zu erhalten. Ansonsten schaufelt man sich eine grosse Fallgrube.

Zweitens ist die Thematik Spitäler/Gesundheit ein wichtiges Thema für die Fraktion Grüne/EVP. Weiterhin will man mit allen Kräften gemeinsam mit der Regierung an einer positiven Zukunft für die Bevölkerung und den Kanton arbeiten. Auch die Grüne/EVP-Fraktion dankt allen ganz herzlich für ihre Mitarbeit im Bemühen, den Kanton finanziell und ideell auf eine gute Basis zu stellen und ihn fit zu machen für die Zukunft.

Simon Oberbeck (CVP) meint, es sei ein Tag zum Feiern. Einerseits darf Hannes Schweizer zu seiner glanzvollen Wahl zum Landratspräsidenten gratuliert werden – herzliche Gratulation – und andererseits schliesst die Staatsrechnung im Jahresbericht 2017 mit einem Überschuss von CHF 67 Mio. ab. Das ist ein toller, historischer Moment. Denn seit 2009 hat der Kanton keine schwarzen Zahlen mehr geschrieben. Sowohl der Regierung wie auch dem Landrat gebührt Dank für die enorme, geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. Dies und die Sparanstrengungen tragen nun Früchte.

Die Finanzplanung ist nachhaltig positiv. Jetzt aber alles durch die rosarote Brille zu sehen und das Geld haufenweise auszugeben, ist verfehlt. Es muss von Seiten Regierung wie auch Landrat verantwortungsvoll gehandelt und vorsichtig abgeschätzt werden, wie mit dem gewonnen Gestaltungsspielraum umgegangen werden kann. Die CVP/BDP-Fraktion genehmigt den Jahresbericht und schliesst sich den Anträgen der FIK an. Ein herzlicher Dank geht an Finanzdirektor Toni Lauber und Roger Wenk für das erreichte Ergebnis. Es hat sich gezeigt, dass die vom Finanzdirektor genannte Weitsicht nötig ist, aber auch Beharrlichkeit, um schwarze Zahlen auch in den nächsten Jahren zu erreichen. Man ist heute an einem positiven Punkt angelangt.

Daniel Altermatt (glp) bestätigt, es sei schön, dass die Rechnung positiv ist. Das zeugt sicher auch von den in Verwaltung und Regierung unternommenen grossen Anstrengungen zur Umsetzung des Auftrags. Man muss allerdings auch sehen, dass es im allgemeinen Trend der 2017er Rechnungen liegt, die landauf landab positiv abschliessen. Auch dieser Rechnung ist anzusehen, warum: Ein Grossteil ist auf Sondereffekte zurückzuführen, mit wenig Nachhaltigkeit. Und wenn man ein bisschen genauer hinschaut, kommt die tatsächlich erreichte Nachhaltigkeit in der Aufwandverminderung – etwa bei Gesundheit und Alter – zu einem schönen Teil daher, dass gewisse Aufgaben und Kosten an die Gemeinden abgeschoben wurden. Den entsprechenden Aha-Effekt hatte man in der Gemeinde Münchenstein beispielsweise bei der ersten Budgetrunde 2019. Der erreichte Erfolg wird trotzdem anerkannt, und dass es in Zukunft nicht schlecht aussieht, nimmt man zur Kenntnis, wobei dies noch offen ist und an ein «Orakel» grenzt. Die Fraktion glp/GU hofft, dass der positive Eindruck bleiben kann; die Rechnung wird sie genehmigen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) bedankt sich für die interessanten Voten. Es sei schön, heute gemeinsam die Tatsache würdigen zu können, dass der Jahresbericht mit schwarzen Zahlen abschliesst. Zu den Voten und zur Situation der letzten vier bis sechs Jahre hält der Finanzdirektor zusammenfassend fest: Rote Zahlen sind nicht gut, Sparen ist schlecht, Steuererhöhungen sind noch schlechter, aber schwarze Zahlen hat man trotzdem gern. Darin spiegeln sich die Ziele und Erwartungen an den Staat, das Staatswesen, an die Regierung und an den Landrat. Diesen Erwartungen ist man gerecht geworden. Das Resultat ist sehr gut.

An Daniel Altermatt: Es sind durchaus stabile Verhältnisse, auch punkto Nachhaltigkeit, gerade bei den Steuererträgen, die natürlich geholfen haben. Auf der andern Seite gab es auch ausserordentliche Erträge, diese wurden genutzt zum Schuldenabbau; insbesondere zum Abbau des Bilanzfehlbetrags. Es konnten auf einmal über CHF 110 Mio. zurückgezahlt werden. Man ist sich der

Situation sehr bewusst und macht sich entsprechende Gedanken, wie mit diesen komplexen Themen umzugehen ist.

Man hat wieder einen finanziellen Verhandlungsspielraum. Sämtlichen Voten ist zu entnehmen, dass man sich freut, von einer Entlastungsstrategie wieder in eine Entwicklungsstrategie übergehen zu können. Dieser Schritt wird verantwortungsbewusst getan. Auf zwei oder drei der aufgegriffenen Themen soll näher eingegangen werden.

Zum Stichwort Verschuldung müssen mehrere Aspekte berücksichtigt werden. Erstens gibt es den gesetzlichen Auftrag, den Bilanzfehlbetrag innerhalb von 20 Jahren abzubauen, da ist man dran. Diese Schuld muss abgebaut werden. Dann gibt es einen Teil von Schulden, bei denen man allermindestens dafür sorgen sollte, dass er nicht weiter wächst. Hans-Jürgen Ringgenberg hat in berechtigter Weise vor dem Zinsanstieg gewarnt. Irgendwann wird dieser auf den Kanton zukommen. Mit dem gemachten Schritt ist man hier einigermaßen gut unterwegs.

Beim AFP 19/22 ist man mit dem Selbstfinanzierungsrad auf gutem Weg, um eine Neuverschuldung zu verhindern. Bei den Investitionen prüft die Regierung, welche Grundlagen notwendig sind, um an die Minimalausgaben von CHF 200 Mio. pro Jahr (Nettobetrag) und CHF 2 Mrd. auf zehn Jahre heranzukommen. Die Zielsetzung ist anerkannt, aber auch hier ist Vorsicht geboten. Denn die Erfahrung lehrt, dass der finanzielle Handlungsspielraum schneller wieder weg ist als er geschaffen werden kann.

Wie ist man für die Zukunft aufgestellt? Die Antwort wurde heute mehrmals gegeben. Die mit dem neuen Finanzhaushaltgesetz geschaffenen neuen Instrumente müssen konsequent angewendet und umgesetzt werden. In der Verwaltung ist man hier schon auf gutem Wege. Zu Mirjam Würth: Es wird garantiert darauf geachtet, dass nicht nur administrativ Mehraufwand entsteht, ohne dass der entsprechende Output herauskommt. In der Tat ist es, wie schon die FIK erfreulicherweise festgestellt hat, für den Regierungsrat wie auch für die Kommission und den Landrat erfreulich, wenn die Transparenz zunimmt. Auch hier ist man auf sehr gutem Weg. Mit den neuen Instrumenten wird die Steuerung im Kanton in finanzieller Hinsicht, aber auch in Bezug auf die Entwicklungsschritte eine ganz andere sein. Der Finanzdirektor hat diesbezüglich volles Vertrauen in alle Player.

Schliesslich freut sich der Regierungsrat mit Andrea Heger und ist zuversichtlich für die Zukunft. Die Herausforderungen sind und bleiben aber gross.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beratung des Jahresberichts*

Keine Wortbegehren

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren

– *Rückkommen*

://: Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 85:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) bedankt sich beim Kantonsgerichtspräsidenten für sein Kommen, verabschiedet ihn und wünscht ihm einen schönen Tag.

Landratsbeschluss
betreffend Jahresbericht 2017

vom 28. Juni 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Jahresbericht 2017 wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2017 wird Kenntnis genommen.
3. Die Kreditübertragungen vom 2017 auf 2018 werden zur Kenntnis genommen.
4. Der Landratsbeschluss Nr. 1976 vom 18. März 1982 wird auf den 1. Januar 2018 hin aufgehoben.

Nr. 2150

19. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)

2017/244; Protokoll: bw

Der Kommissionssprecher der Geschäftsprüfungskommission **Peter Riebli** (SVP) erinnert daran, dass 2015 mit der GPK Basel-Stadt eine Vereinbarung getroffen worden sei, dass die Prüfung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung alternierend von den Kommissionen in BS und BL vorgenommen werde. Für den Jahresbericht 2016 war die GPK BS zuständig. Der vorliegende Bericht bezieht sich grossmehrheitlich auf den Bericht der GPK BS vom 19. April 2018.

Per 2016 wurde ein neuer Leistungsauftrag abgeschlossen, in dem dieses Mal ordentliche Leistungsziele definiert wurden. Unter anderem wurden Bearbeitungsfristen vorgegeben. Auch wurde der Reservefonds klar begrenzt. Dieser darf nur noch 200 % des Jahresumsatzes betragen. Dies begrüsst die GPK sehr und empfiehlt, dies entsprechend zu kontrollieren.

Die GPK BL kritisierte in ihrer ersten Revision 2015 die zu hohe Gebührenordnung der BVG- und Stiftungsaufsicht. Die BSABB senkte die Gebühren per 1. Januar 2016, machte aber im Jahr 2016 bei CHF 5,5 Mio. Umsatz über 10 % Gewinn (CHF 482'309). Damit konnte der Reservefonds auf 140 % geäuft werden. Im gleichen Jahr wurde die erste Tranche des Dotationskapitals, das von den beiden Kantonen zur Verfügung gestellt wurde, zurückgezahlt. Von den insgesamt CHF 1,5 Mio. wurden von der BSABB bereits CHF 600'000 zurückbezahlt und im Jahresbericht festgehalten, dass die restliche Rückzahlung von CHF 900'000 im Jahr 2017 erfolgen soll. Weiterhin ist die GPK der Ansicht, dass die ganze Gebührenordnung nach der kompletten Rückzahlung des Dotationskapitals erneut angeschaut werden müsste. Die BSABB reagierte bereits und kündigte per 1. Januar eine erneute Senkung an, die auch realisiert wurde.

Weiterhin ist die Verfahrensordnung im Rekurswesen ein offenes Thema für die GPK. BS und BL verfügen über unterschiedliche Regelungen. In BL gelangt ein Rekurs an den Regierungsrat, in BS an den Verwaltungsrat der BSABB. Dies ist unglücklich. Im Zuge einer Optimierung des Rekurswesens sollte dies korrigiert werden. Die GPK ist der Ansicht, dass dies im Zusammenhang mit den überwiesenen, hängigen Vorstössen gemacht werden könnte, da dies eine Angleichung des Staatsvertrages bedingen würde.

Die GPK empfiehlt dem Regierungsrat, das Erreichen der im Leistungsauftrag 2016-19 definierten Leistungsziele durchzusetzen und darauf einzuwirken, dass sie erfüllt werden. Weiterhin wird der Regierungsrat aufgefordert, eine Vereinheitlichung des Rekurswesens anhand der Lösung des Kantons Basel-Landschaft zu prüfen und anzustreben. Die GPK beantragt dem Landrat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2016 der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) zu genehmigen und den Empfehlungen an den Regierungsrat zuzustimmen. Dieser soll nach der Genehmigung durch den Landrat innerhalb dreier Monate Bericht erstatten.

– *Eintretensdebatte*

Dieter Eppe (SVP) erklärt, dass die SVP-Fraktion dem Geschäftsbericht, der Jahresrechnung 2016 und den Empfehlungen an den Regierungsrat zustimme.

Lucia Mikeler (SP) sagt, dass auch die SP-Fraktion den Bericht genehmigen werde. Zwei Punkte wurden noch nicht zur kompletten Befriedigung gelöst. Einerseits betrifft dies die Forderung nach einer Gebührensenkung, wo man sich aber auf einem guten Weg befindet. Seit 2015 bis heute konnten die Gebühren immerhin schon um 15 % gesenkt werden. Andererseits soll der Reservefonds mit dem Dotationskapital gesenkt werden.

Stefan Degen (FDP) berichtet, dass die FDP-Fraktion die Jahresrechnung, den Jahresbericht der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel sowie den zugehörigen Bericht der GPK diskutiert habe und sich den Aussagen der GPK anschliesse. Es ist erfreulich, dass Teile des Dotationskapitals zurückbezahlt werden konnten und dass die Rückzahlung des Restes ebenfalls geplant ist. Die FDP-Fraktion erwartet eine Realisierung der Gebührensenkung nach der kompletten Rückzahlung des Dotationskapitals. Ausserdem soll die Vereinheitlichung des Rekurswesens angestrebt werden. Die FDP-Fraktion spricht sich für die Genehmigung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung der BSABB sowie die Empfehlungen der GPK aus.

Marie-Therese Müller (BDP) spricht im Namen der CVP/BDP-Fraktion, welche den Bericht und die Empfehlungen zur Kenntnis nehmen und zustimmen werde. Ein Aspekt ist wichtig: Die Umsetzung ist nach wie vor sehr kompliziert und vor allem für die kleinen Stiftungen teuer. Die CVP/BDP-Fraktion hofft, dass in der Vorlage, die sich momentan in der Kommission befindet, Lösungen gefunden werden können, damit alle Stiftungen zufrieden sind. Es kann nicht sein, dass eine Stiftung mehr für Kontrollen bezahlt, als sie an Zinsen einnimmt.

Daniel Altermatt (glp) erklärt, dass die glp/GU-Fraktion dem Jahresbericht und der Rechnung 2016 nichts mehr beizufügen habe. Diese können so genehmigt werden. Die Empfehlungen der GPK bereiten der Fraktion allerdings Mühe. Die Empfehlung, vereinbarte Leistungsziele zu überprüfen und darauf hinzuwirken, diese zu erreichen, ist in den Augen der Fraktion logisch und selbstverständlich. Für die zweite Empfehlung fehlt der Fraktion ein Grund. Es ist doch völlig egal, wenn BS und BL unterschiedliche Rekursverfahren kennen. Auch interessant ist, dass das Modell des Kantons Basel-Landschaft per se als das bessere erachtet wird. Die glp/GU-Fraktion wird den Empfehlungen der GPK deshalb nicht zustimmen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

Ziffern 1 und 2

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 73:3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)

vom 28. Juni 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) werden genehmigt.
2. Den Empfehlungen an den Regierungsrat wird zugestimmt und dieser beauftragt, dem Landrat innert dreier Monate nach Landratsbeschluss eine Stellungnahme zu den Empfehlungen abzugeben.

Nr. 2151

20. Geschäftsbericht für das Jahr 2017 der Kantonalen Finanzkontrolle Basel-Landschaft

2018/540; Protokoll: bw

Roman Klauser (SVP), Präsident der Finanzkommission, erinnert an die klare Ausgangslage: Im Ausschuss Finanzkontrolle werden Umfang sowie Inhalt der Prüfung organisiert und beschlossen. Dadurch ist der gesamte Bericht schwierig zu erklären, denn die Informationen zuhanden GPK oder Finanzkommission einer gewissen Vertraulichkeit unterliegen.

Wichtig ist, dass a) das Budget der Finanzkontrolle und b) die Anzahl und Qualität der Berichte überprüft wurden. Diese stimmen. Roland Winkler, langjähriger Leiter dieser Dienststelle, durfte sich in die Pension verabschieden und mit der heute Morgen angelobten Barbara Gafner konnte eine Nachfolgerin gefunden werden.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen, den Geschäftsbericht der Finanzkontrolle zur Kenntnis zu nehmen.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass aufgrund des ohne Gegenstimme erfolgten Kommissionsantrags gemäss § 64 Absatz 1^{bis} der Geschäftsordnung auf eine Eintretensdebatte verzichtet werde. Ist jemand gegen Eintreten?

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) ist nicht gegen Eintreten, möchte aber dennoch seinen Dank aussprechen. Selbstverständlich nimmt die SVP-Fraktion den Geschäftsbericht zur Kenntnis, möchte es aber nicht unterlassen, Roland Winkler, der die Finanzkontrolle bis Ende März 2018 geleitet hatte, herzlich für seine Arbeit zu danken und ihm für seinen Ruhestand alle Gute zu wünschen.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) geht davon aus, dass sich alle anderen Fraktionen der Danksagung anschliessen und Eintreten nicht bestritten ist.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 66:0 Stimmen wird der Geschäftsbericht 2017 der Kantonalen Finanzkontrolle Basel-Landschaft zur Kenntnis genommen.

Nr. 2152

21. Steuerungsbericht I im Jahr 2018

2018/544; Protokoll: bw

Kommissionspräsident **Roman Klausner** (SVP) sagt, dass man sich mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz (FHG) in einer ganz anderen Situation befinde. Gewisse Mechanismen, Aspekte und Zahlen erhält die Finanzkommission nun schneller.

Wie im Bericht zu lesen, bedarf es zweier Nachtragskredite. Einer betrifft Tramprojekte (Generalsekretariat BUD, Abteilung öffentlicher Verkehr), der andere den Tierpark Weihermätteli. Wichtig für die Finanzkommission ist der nächste Absatz im Bericht. Die Investitionsrechnung wird mit fast CHF 43 Mio. nicht ausgeschöpft respektive aufgebraucht werden können. Dieser Aspekt führte im Zusammenhang mit diesem Geschäft zu den grössten Diskussionen: Wieso und wo muss der Mechanismus geändert werden, um über einen gewissen Vorlauf zu verfügen und die Möglichkeit zu haben, auf Verzögerungen reagieren und die gewünschten CHF 200 Mio. aufbrauchen zu können. Dies wurde von Regierungsrat Anton Lauber entgegengenommen.

Aufgrund dieser Ausführungen nahm die Finanzkommission den Steuerungsbericht I mit 13:0 Stimmen zur Kenntnis.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 74:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

**Landratsbeschluss
betreffend Steuerungsbericht I im Jahr 2018**

vom 28. Juni 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Der Landrat nimmt die Information zur Erwartungsrechnung zur Kenntnis.*
2. *Der Landrat beschliesst den Nachtragskredit der Abteilung öffentlicher Verkehr betreffend Projekte im Trambereich von CHF 150'000.*
3. *Der Landrat beschliesst den Nachtragskredit des Hochbauamts betreffend Tierpark Weihermätteli von CHF 46'000.*

Nr. 2153

22. Wie transparent sind die Daten des Monitorings des neuen Alters- und Pflegegesetzes?

2018/497; Protokoll: bw

Lucia Mikeler (SP) verlangt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Lucia Mikeler (SP) bedankt sich für die Beantwortung ihrer Fragen, ist damit jedoch nicht ganz zufrieden. Die zentralen Fragen wurden nicht befriedigend beantwortet. Vor allem betrifft dies die Fragen 2 und 4.

Die Regierung führt aus, dass eine Querfinanzierung der Pflege durch Betreuungs- und Hotelleriekosten zwar möglich, aber nicht rechtmässig ist. Die Rednerin empfindet dies als widersprüchlich und kann diese Antwort nicht nachvollziehen. Ebenso wurde in der Antwort mitgeteilt, dass durch das Monitoring keine Gewähr geleistet werden könne, dass die Kontrolle gelte. Wofür ist das Monitoring dann nötig und hilfreich? Die Regierung argumentiert, dass die Deckungslücke und die Ertragsüberschüsse einen Hinweis zur Verteilung der Kosten geben können. Das Wort «können» ist entscheidend. Dies ist keine befriedigende Antwort. Können Missbräuche wirklich erfasst und vermieden werden?

Zur Frage 4: Die Antwort zeigt auf, dass eine Überprüfung der Betreuungs- und Hotelleriekosten vor einer Anpassung der Pflegenormkosten nicht vorgenommen werden. Für die Votantin würde es allerdings mehr Sinn ergeben, würde die Überprüfung vorgängig stattfinden. Nur so können zu grosse Diskrepanzen und eine zu starke Belangung der Bewohnerinnen und Bewohner verhindert werden.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) schliesst sich den Aussagen von Lucia Mikeler an und unterstreicht diese. Eine Quersubventionierung der Pflegekosten durch die Hotellerie ist nicht zulässig. Dies ist gesetzlich gar nicht vorgesehen, was die Regierung in ihrer Antwort auch schreibt. Die Grüne/EVP-Fraktion ist der Ansicht, dass alles daran gesetzt werden muss, dass solche Querfinanzierungen ausgeschlossen werden können. Es kann nicht sein, dass Leistungsbezügerinnen und Leistungsbezüger mit ihren Hotelleriebeiträgen Pflegekosten mitsubventionieren.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, dass zu dieser sehr komplexen Thematik ein VAGS-Projekt (Verfassungsauftrag Gemeindestärkung) im Begriff zu starten sei. Zwischen den beiden Staatsebenen Kanton und Gemeinde soll die ganze Abwicklung und Umsetzung des Alters-, Pflege- und Betreuungsgesetz systematisch angegangen werden. Es geht beispielsweise auch darum, die fiskalische Äquivalenz herzustellen, dass die Gemeinden schlussendlich die Kosten festsetzen und dass Klarheit in die Kommunikation gebracht wird. Häufig werden in der öffentlichen Diskussion EL-Obergrenze und Heimhöchsttaxen verwechselt, oder es wird nicht zwischen EL-Bezügerinnen und Bezüger und Selbstzahlern unterschieden. In diesem Sinn sind die gestellten Fragen berechtigt, sollen aber im Zusammenhang mit dem angesprochenen Projekt sauber aufgearbeitet und vorgelegt werden. Transparenz, Vergleichbarkeit und das richtige Umgehen mit Abschreibungen und Investitionen gehören ebenfalls zum Ziel des VAGS-Projekts.

Lucia Mikeler (SP) ist weiterhin unbefriedigt und fragt nach einer schriftlichen Antwort. *[wird beantwortet].*

://: Die Interpellation ist erledigt.

Nr. 2154

23. Das RAV muss mehr gestalten als verwalten
2018/346; Protokoll: bw

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) beantragt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen. In der Tat sind die Arbeitslosenzahlen einigermaßen stabil, obgleich seit 2013 eine Zunahme von 0,6 % festgestellt werden musste. Auch bei den über 55-jährigen ist eine ähnliche Zunahme zu beobachten. Ob hier von einem positiven Niederschlag der Konjunktur gespro-

chen werden kann sei dahingestellt. Es erscheint der Rednerin ebenfalls ein schwacher Trost, wenn man lesen muss, dass über 50-jährige seltener von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als andere. Dies aus dem Grund, dass alle wissen, wie schwierig es ist, in dieser Altersklasse überhaupt noch eine Arbeit zu finden. Um dies zu illustrieren, macht die Votantin folgendes Beispiel: Herr X bewirbt sich um 16.30 Uhr online bei einer grossen Firma. Um 17.00 Uhr erhält er bereits folgende Nachricht: «Nach eingehendem Studium ihres Dossiers müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir Ihre Kandidatur nicht berücksichtigen können.» Seltsam, dass ein Dossiers innerhalb 30 Minuten eingehend studiert werden konnte. Dieses Beispiel wiederholt sich immer wieder. Dass hier Algorithmen am Werk sind und die Dossiers nach dem Alter durchforsten, scheint doch recht plausibel.

Zurück zur Statistik: Es ist bedauerlich, gibt es noch immer keine verlässlichen Zahlen zu den ausgesteuerten Personen. Es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie diese Werte erhoben werden können. Nur so kann eine tatsächliche Aussage über die Situation gemacht werden, ohne einfach nur zu spekulieren oder sogar zu beschönigen. In einem Artikel der bz vom 8. März steht, dass schweizweit vermutlich monatlich 3'000 Personen ausgesteuert werden. Es ist also höchste Zeit, aktiv zu werden und reelle Zahlen zu erheben und zu publizieren.

Das RAV bietet unterschiedliche Instrumente zur Wiedereingliederung an. So heisst es im Internetauftritt: «Die RAV des Kantons Basel-Landschaft bieten für stellensuchende Personen wie auch für Arbeitgebende engagiert Dienstleistungen in hoher Qualität. Stellensuchende Personen sollen baldmöglichst in den Arbeitsmarkt integriert werden [...]» Warum braucht es dann über zehn Monate, bis ein Stellensuchender überhaupt einmal in ein Programm aufgenommen wird, in welchem er sich zum Thema Stellenerwerb weiterbilden soll? Eine solche Weiterbildung müsste sofort nach der Registrierung beim RAV erfolgen. Geschieht dies erst nach zehn Monaten, ging wichtige Zeit verloren. Wie kann es ausserdem sein, dass ein persönliches Coachingprogramm oder der Verweis auf ein Hilfsprogramm mit Teilnehmende 50+ eines über 50-jährigen erst nach knapp einem Jahr erfolgt. Auch hier verstrich wichtige Zeit nutzlos.

Abschliessend erwähnt die Votantin, dass die Bezeichnung «regionale Arbeitsvermittlung» für sie eine Fehlbezeichnung darstellt und irreführend ist. Arbeit wird dort nicht vermittelt, obwohl man dies gemäss der Bezeichnung erwarten dürfte. Es scheint hier eher um eine Verwaltung von Arbeitslosen zu gehen. Darüber hinaus sollten sich alle ernsthaft Gedanken darüber machen, wie der Wirtschaft schmackhaft gemacht werden kann, ältere Arbeitnehmende im Arbeitsprozess zu behalten anstatt sie auf die Strasse zu stellen. Wichtiges Know-how und Erfahrung geht der Wirtschaft verloren. Menschen fühlen sich nutzlos und werden depressiv. Politiker müssen über die Bücher und müssen sich überlegen, ob es nicht ein Anreizsystem zu schaffen gilt, damit ältere Menschen wieder in den Arbeitsprozess integriert, bzw. erst gar nicht entlassen werden können.

://: Die Interpellation ist erledigt.

Nr. 2155

24. Nicht registrierte Bienenstandorte im Kanton Basel-Landschaft
2018/336; Protokoll: bw

Jürg Wiedemann (GU) verlangt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Jürg Wiedemann (GU) dankt der Regierung für die Beantwortung seiner Fragen. Der Redner machte zwei Kernprobleme aus. Positiv nimmt er zur Kenntnis, dass die Regierung erkennt, dass nicht registrierte Bienenstandorte ein Problem und in einem Seuchenfall ein erhebliches Problem sein können. Es besteht allerdings eine Differenz, wie mit den nicht registrierten Bienen umzugehen ist. Speziell findet der Redner die Beantwortung der 2. Frage. Die Regierung wartet, überspitzt formuliert, bis die Öffentlichkeit dies meldet, dann werden die nichtregistrierten Standorte regis-

triert. Gerade im Hinblick darauf, dass die Regierung das Problem der nichtregistrierten Bienenstandorte erkennt, müsste doch eigentlich mehr möglich sein, um diese lückenlos registrieren zu können. Gibt es nicht irgendwelche Möglichkeiten, die lückenlose Registrierung der Bienenstandorte im Kanton Basel-Landschaft auf einfache Art und Weise sicherzustellen?

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) antwortet auf die Frage, wie dies sichergestellt werden könne: Natürlich mit einem engmaschigen Absuchen sämtlicher möglicher Standorte. Bienenvölker schwärmen und wildern vielleicht auch aus. Es ist eine Frage der Verhältnismässigkeit des Mitteleinsatzes und letztlich auch von Wahrscheinlichkeiten eines Eintretens. Wie viel will/soll/kann man ausgeben, um alles abuscannen, was potentiell gefährlich ist. Potentiell gibt es irgendwo auch einen kranken Hund, der eine Seuche verbreiten könnte.

Die Eigenverantwortung der Imkerinnen und Imker ist auch sehr hoch zu gewichten, immerhin möchten sie ein Produkt herstellen, das verschenkt wird oder zum Verkauf steht, nämlich Honig. Diese müssen melden, wenn etwas los ist. In diesem Bezug setzt der Regierungsrat auf die Ausbildung der Imkerinnen und Imker durch die regionalen Bienenzüchterverbände. Alles vonseiten Staat kontrollieren zu wollen ist aus Sicht des Regierungsrats unverhältnismässig.

://: Die Interpellation ist erledigt.

Die nächste Landratssitzung findet statt am

30. August 2018